

Die Branche wünscht sich mehr Rückenwind

Mehr politische Anerkennung für Holz als »Klimaschutz-Baustoff« – effiziente Holznutzung bleibt aber Branchenangelegenheit

pn. Etwa 160 Fachleute aus den Branchen Bau, Forst- und Holzwirtschaft sowie Umwelt informierten sich und diskutierten am 11. Dezember 2018 in Berlin beim Start der Veranstaltungsreihe „Charta für Holz 2.0 im Dialog“ darüber, wie es mit dem Bau in Deutschland und mit dem Rohstoff Holz weitergeht. Die erste Veranstaltung der Reihe war überschrieben mit dem Titel „Mensch – Stadt – Land – Ressourcen: Wie wollen wir in Zukunft leben?“ Das Motto bot Raum für ein breites Spektrum an Diskussionsbeiträgen.

Den Anfang machte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner mit einem Grußwort, es folgten Vorträge und Podiumsdiskussionen. In drei parallele Workshops wurden die Themen Baurecht, Chancen des kommunalen Holzbaus und die Gewinnung von Sekundärrohstoffen („Urban mining“) vertieft. Eingeladen zum Dialog hatte das BMEL bzw. die Fachagentur Wachsende Rohstoffe (FNR), unterstützt vom Städte- und Landkreistag sowie dem Städte- und Gemeindebund. Die Bedeutung des Termins unterstrich eine über 160 Namen lange Liste von Teilnehmern aus verschiedenen Bundes- und Landesministerien und der Politik, aus der Bauwirtschaft, diversen Branchenverbänden, von NGOs und aus der Baupraxis und weiteren. Von denen sind zwar viele in der Hauptstadt ansässig, aber nicht wenige reisten zum Termin aus ganz Deutschland an.

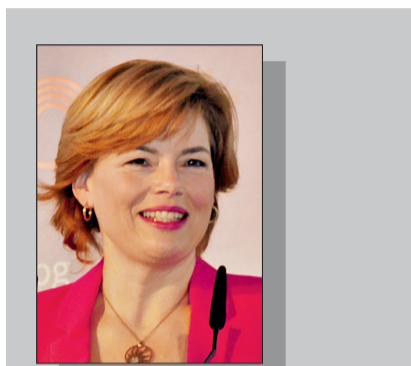
Nicht der einzige, aber ein ganz wichtiger Baustein

In einem ausführlichen Grußwort positionierte sich Ministerin Klöckner für die Branche erfreulich positiv zu Holz als Baustoff, er sei „für uns ein ganz wichtiger Antwortbaustein für die Frage, wie wir nachhaltiger Bauen können“. Sie zeigte damit, dass es die Bundesregierung mit den Zielen der Charta 2.0 in deren Klimaschutzplan 2050 ernst meint.

Zu diskutieren sei aber, so Klöckner, wie es gelingt, bei steigendem Bau- und Platzbedarf in Stadt und Land auch noch Klimaschutz und Nachhaltigkeit sicherzustellen. Damit hob sie auf bestehende Zielkonflikte in der Gesellschaft ab: ein angenehmes Leben jetzt, aber auch die Berücksichtigung von Langfristzielen, die das Leben kommender Generationen betreffen.

Die Ministerin bewies mit ihrer Rede Verständnis für die klimapolitischen Chancen durch Holznutzung und zeigte, dass die Branchenbotschaften auf höchster politischer Ebene angekommen sind und auch, dass ihr der starke Gegenwind aus anderen Bereichen der Baubranche nicht verborgen geblieben ist. „Ich bin ja von dieser Welt und weiß auch, dass diejenigen, die dafür werben, mit Holz zu bauen, nicht von jedem Applaus bekommen“, meinte Klöckner. Sie sehe die Konkurrenz aber als sportlichen Wettbewerb, der Bessere werde sich durchsetzen; wobei sie durchblicken ließ, dass sie dem „Alleskönner Holz“ hierbei sehr gute Chancen einräumt. Weil man, so Klöckner, „mit einer Ressourcenpolitik Holz mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen“ könne: CO₂ speichern, endliche Ressourcen schonen und Arbeitsplätze sichern, insbesondere in den ländlichen Regionen.

„Die Bäume wachsen aber nicht in den Himmel“, relativierte sie. Denn die Ressource Holz sei nicht unendlich, und daher gehe es auch um Effizienz im Materialeinsatz. „Auch Sand gibt es viel, aber eben nicht so viel, wie man meint, dass es am Meer gibt.“ Weil der Bausektor so rohstoffintensiv sei, 90 % aller mineralischen Rohstoffe werden zur Baustoffherstellung eingesetzt, und weil er so hohe CO₂-Emissionen verursacht, habe „mehr Holz“ im Bausektor klimapolitisch ziemlich großes Potenzial. Klöckner: „35 bis 56 % weniger Treibhausgas-Emission für ein EFH aus Holz statt aus mineralischen Rohstoffen, bis zu 48 % weniger für ein Mehrfamilienhaus mit Holzkonstruktion – das ist ja schon mal was!“



» Holz ist für uns ein ganz wichtiger Antwortbaustein, wie wir nachhaltiger bauen können. «

Julia Klöckner

Aber setze sich das auch durch? Leuchtturmprojekte seien da ganz wichtig, die einem zeigten, dass es geht, die am Ende Mut machten. „Bauen mit Holz, das ist die Zukunft“, meinte die Ministerin, das müsse man stärker kommunizieren, dann aber auch sagen, wo man heute stehe: „Der Holzanteil im mehrgeschossigen Bau liegt bei 5 %. Da ist sicher noch Luft nach oben. Woran das liegt, darüber müssen wir reden, warum es Skepsis und Hemmnisse gibt.“ Pauschal räumte Klöckner Hemmnisse im Bereich des Baurechts und Defizite in der Ausbildung ein. Sie wolle die Zuständigkeit der Länder aber nicht hinterfragen und lieber alle in ein Boot nehmen, denn sie glaube, dass Lösungen nur ressortübergreifend gelingen. Klöckner sprach hier besonders die anwesenden Vertreter aus dem Bundesbau- und dem -umweltministerium an.

Kalamität: Herber Rückschlag für den Wald

Ein paar Minuten ihrer Rede wandte die Landwirtschaftsministerin auf die aktuellen Probleme im Wald. Einerseits seien Wald und Holz als Klimaschützer Teil der Lösung, gleichzeitig aber auch Leidtragende. Die Dimension der Schäden durch Stürme, Dürre und Käferfraß habe sie überrascht, gab Klöckner zu. „Da kommt noch einiges auf uns zu, und es ist für die Waldbesitzer ein herber Rückschlag in ihren Bemühungen, den Wald für den Klimawandel fit zu machen. Die Frage nach Klimastress-Resistenzen stelle sich ganz neu.“

Der Bund habe daher für die „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) zusätzliche Mittel in Höhe von 25 Mio. Euro jährlich für fünf Jahre eingeplant. Wenn die Länder diese Bundesmittel nutzen (und ihren Anteil einbringen), ergebe sich daraus ein GAK-Gesamtmittelansatz von rund 58 Mio. Euro für den Wald. „Umso wichtiger ist es, die Vorteile der Holzverwendung auch deutlich zu machen“, sagte sie.

Den Akteuren im Charta-Prozess sprach sie ihren Dank für die Zuarbeit aus, das sei keine banale Aufgabe. Den durch inflationären Gebrauch mittlerweile schon etwas abgestumpften Nachhaltigkeitsbegriff könne sie zwar irgendwie nicht mehr hören (womit Klöckner sicher auch vielen Branchenvertretern aus der Seele sprach), ihr sei aber auch nichts Besseres eingefallen.



Etwa 160 Fachleute aus den Branchen Bau, Forst- und Holzwirtschaft sowie Umwelt informierten sich und diskutierten am 11. Dezember 2018 in Berlin beim Start der Veranstaltungsreihe „Charta für Holz 2.0 im Dialog“ darüber, wie es mit dem Bau in Deutschland und mit dem Rohstoff Holz weitergeht. Fotos: L. Pirson

Aber es sei schön zu wissen, dass er aus der Forstwirtschaft komme und etwas beschreibe, wofür man heute Investitionen leiste, ohne bereits nach kurzer Zeit Ertrag zu haben. In Generationen und nicht in Quartalen zu denken, das sei ein guter Auftrag, schloss die CDU-Politikerin.

Wie wollen wir künftig leben?

Die Beantwortung der Frage „Wie wollen wir in Zukunft leben?“, mit der Impulsreferent Dr. Carsten Kühl beauftragt war, erwies sich für den Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu, Berlin) als zu schwierig für eine einfache Antwort. Das Difu sei ein Stadtforschungsinstitut, keine Zukunftswerkstatt, meinte Kühl. „Wer die Zukunft vorhersagen will, der muss sie gestalten“, zitierte der SPD-Mann den Ehrenvorsitzenden Willi Brandt (aber erst nachdem seine Vorrednerin längst gegangen war). Das Difu befasse sich daher nicht nur mit den Problemen der Gegenwart, sondern auch damit, wie die Stadt in der Zukunft aussehen soll. „Und dafür müssen wir sie heute gestalten.“

Kühl ging mit philosophischem Ansatz näher auf den Begriff der Nachhaltigkeit ein. Der spielte 240 Jahre lang in der Gesellschaft abseits von Carlowitz' Definition (nicht mehr ernten als nachwächst, Natur hat Vorrang) keine Rolle. Nachhaltigkeit wurde in der Neuzeit zu einem „leeren Signifikanten“, einem wichtigen, aber unbestimmten Begriff, in den jeder (abseits der Forstwirtschaft, in der man wusste, was gemeint ist) hineininterpretieren konnte, was er für vernünftig hielt. Im gesellschaftlichen Diskurs wurde der Begriff vorangetrieben, mit Leben erfüllt und schließlich so stark besetzt, dass die Politik an ihm irgendwann nicht mehr vorbeikam. Das war spätestens 2015, als die Vereinten Nationen 17 Nachhaltigkeitsziele (Agenda 2030) formulierten. Im elften Ziel der Agenda geht es um die nachhaltige Entwicklung von Städten und Kommunen. Daraus leitet das Difu einen ihrer Arbeitsaufträge ab.

Auffallende Diskrepanz zwischen Wünschen und gelebter Realität

In Umfragen hat das Institut herausgefunden, dass es ausgeprägte Wünsche der Bevölkerung gibt, die aber oft im Gegensatz zur gelebten Realität stehen. Dazu gehört, so Kühl: nicht alleine zu wohnen, in Läden einzukaufen (und nicht im Internet) oder in der Stadt mit dem Rad oder den Öffentlichen unterwegs zu sein (und nicht mit dem Auto). Tatsächlich stünden diesen Wünschen aber Zwänge entgegen – meist ökonomischer Art.

Auch beim Wunsch-Stadtbild zeige sich in Befragungen eine ausgeprägte Diskrepanz, viele Bewohner wollten



» Begriff Nachhaltigkeit – ein ‚leerer Signifikant‘. «
Dr. Carsten Kühl

Parks und Grünanlagen als Treffpunkte, Stadtgärten für den Gemüseanbau und Solarhäuser ohne Heizung. In der Realität säßen die Menschen dann aber dann doch eher vor dem Bildschirm und nutzten das Internet. Daher sei schwer zu ermitteln, was die Menschen wirklich wollten.

Bei den Bürgermeistern der Städte, die das Difu im jährlichen Turnus befragt hat, standen bis 2015 die Themen Integration, Wohnen und die Haushalte ganz oben. Ab 2017 gewannen Digitalisierung und Mobilität (getrieben durch die Klagen der Umwelthilfe) stark an Bedeutung hinzu.

Die Frage danach, wie wir künftig leben wollen, sei auch deshalb so schwer zu beantworten, so Kühl, weil man jahrelang von einer anderen Bevölkerungsentwicklung ausgegangen sei. „Wir werden älter, weniger und bunter“, hieß es seinerzeit. Daraus habe man die (rückblickend falsche) Schlussfolgerung gezogen, dass am Wohnungsmarkt prinzipiell keine größeren Probleme zu erwarten waren. Nachdem sich aber ausgechnet die geburtenstarken Jahrgänge nicht gleichmäßig über den Raum verteilt hätten, sondern in die Universitäts- und Hochschulstädte (Schwammstädte) gewandert seien, habe sich die Lage dramatisch verändert. Hätte man das vor 15 Jahren geahnt, wären seitens der Politik sicher andere Weichenstellungen getroffen worden.

Das zeige auch, dass es Strömungen des Zeitgeistes gebe, die die Dinge sich anders entwickeln ließen als erwartet. In einer pluralen Gesellschaft sei das auch kein Problem, sondern Aufgabe von Wissenschaft und Politik, dies zu antizipieren und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen, meinte Kühl.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion fragte (Fernseh-)Moderatorin Angela Elis nach den wichtigsten Gestaltungsaufgaben aus Sicht der

Wohnungswirtschaft. Die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW), Ingeborg Esser, nannte hier als Ergebnis der Mieterbefragung „Wohntrends 2035“ die digitale Vernetzung von Quartieren und eine deutliche Ausdifferenzierung der Wohnansprüche, jedoch keines, dass in Richtung möglichst günstigen Wohnens geht. Prof. Annette Hillebrandt, Architektin und Lehrstuhlinhaberin an der Bergischen Universität Wuppertal, hält Holzbau für eine wichtige Gestaltungsaufgabe, noch wichtiger allerdings die Rückbaubarkeit von Gebäuden.

Holzbau-Prof. Dr. Stefan-Winter, TU München, hob echte Primärenergieeffizienz, Gebäude mit möglichst geringem Energieverbrauch über ihren Lebenszyklus und Rohstoffeffizienz durch Industrialisierung der Bauprozesse hervor. In vielen Bereichen sei Holz ein Schlüsselbaustoff, gebaut werde aber immer im Verbund mit anderen Baustoffen. Ein Aspekt, den Winter besonders hervorhob, ist die Bodenpreisentwicklung, mit der viele Kommunen aus seiner Sicht nicht richtig umgingen. Der Verkauf von Tafelsilber eigne sich nicht dazu, klamme Stadtkassen zu sanieren. Hohe Bodenpreise übten wegen hoher Quadratmeter-Preise fertiger Gebäude ungunstigen Druck auf die Baukosten aus.

Dr. Harald Bajorat als Vertreter des Bundesumweltministeriums wies auf den Klimaschutz hin, der viele Vorgaben mache. Wenn der Ressourcenverbrauch weiter steige wie bisher, sei Klimaschutz nicht mehr zu schaffen. Warum werde nicht einfach viel mehr von Dingen umgesetzt, die man eigentlich beherrsche?, fragte er.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und jetzige Waldbeauftragte des BMEL, Cajus Caesar, räumte der Aufgabe Priorität ein, mehr Menschen für Holzverwendung zu gewinnen und für Holzbauprojekte zu werben. Ausreichend viele Beispiele gebe es bereits. Wenn Baden-Württemberg eine Holzbaquote von 20 % erreicht habe (bei Ein- und Zweifamilienhäusern), dann frage er sich, warum andere Bundesländer das nicht auch erreichen könnten.

Vorzeitiger Abriss eine ungläubliche Verschwendung

Annette Hillebrandt hakte nochmals bei Baukosten und Baukultur ein. Für sie sei entscheidend, dass Häuser lange stehen bleiben. Früher Abriss sei „unglaubliche Verschwendung von Ressourcen“, Gebäude benötigten gegen verfrühten Abriss einfach mehr gesellschaftliche Akzeptanz. Das erfordere, insbesondere bei größeren Bauvorhaben, Architekturwettbewerbe im Vorfeld der Planung. Die dauere dann zwar etwas länger, bringe aber am Ende auch das bessere Ergebnis.

Die Branche wünscht sich mehr Rückenwind

Fortsetzung von Seite 79

Bezüglich der Baukosten empfahl Hillebrandt, die auch Expertin für die Nutzung von Sekundärrohstoffen (sog. „Urban mining“) ist, den sortenreinen Rückbau von Gebäuden am Ende ihrer Nutzungsdauer von Beginn an in die Baukosten einzukalkulieren. Das sei nach Ermittlungen an ihrem Institut 15 % teurer als bei einem heutigen Standardgebäude ohne eingeplanten Rückbau, erspare aber in 50 Jahren 20 bis 40 % der Kosten eines Abrisses mit Entsorgungsproblemen. Hillebrandt: „Über die Rückbaubarkeit scheint sich bei uns – außer uns – fast niemand Gedanken zu machen.“ Einfach rückbaubare Gebäude seien auch in der Montage viel schneller und sie erwähnte als positives Beispiel den Stahlbau, der gleichzeitig auch Trockenbau sei und damit viel schneller als mineralische Bauweisen.

GdW-Vertreterin Esser wies auf die Notwendigkeit hin, den Bauprozess an mehreren Stellschrauben gleichzeitig zu beschleunigen, weil in den Ballungsräumen zu wenig gebaut werde. Sie wies auf die Rahmenvereinbarung des GdW mit dem Bundesbauministerium hin, um mit seriellen Standardbauweisen und verschiedenen Materialien die Baukosten zu senken und so schneller zum Ziel zu kommen.

Schnelles Bauen allein reicht nicht, es muss auch gut gestaltet sein

An dieser Stelle hakte Dr. Stefan Winter mit Kritik an einer einseitigen Ausrichtung auf schnelles Bauen ein. Es sei nichts gewonnen, wenn man dabei nicht auch auf gute Gestaltung achte. Gute Architektur sei im Individualbau ein wesentlicher Schlüssel für den langfristigen Erhalt von Gebäuden, weil sich die Menschen darin wohlfühlten. Damit war er sich mit Annette Hillebrandt einig. Wenn es aber um industrielles (serielles) Bauen gehe, sei Standardisierung von Grundeinheiten nötig. Mit diesen Baugruppen könnten dann Architekten gestalterisch Varianten erarbeiten. Dabei sei BIM ein wichtiges Werkzeug, um planerisch „echte digitale Zwillinge“ zu erzeugen.

Auch in der Frage der Baukosten war sich Winter mit der GdW-Vertreterin Esser nicht einig. Die Wohnungswirtschaft müsse, wenn sie in Lebenszyklen denke, bereit sein, etwas mehr Geld auszugeben, um die Rückbaubarkeit zu gewährleisten. Und wenn man der Meinung sei, dass im Sozialwohnungsbau ein niedriges Mietniveau erforderlich sei, dann müsse sich die Gesellschaft dafür entscheiden, diesen Wohnungsbau stärker zu fördern. In den Migrationschwerpunkten mengenmäßig ausreichend Wohnraum zu schaffen, das sei eine gemeinsame Aufgabe aller Teilbranchen am Bau.

Esser hielt dem entgegen, dass es eben nicht nur um hochpreisigen Eigentums- und preiswerten Sozialwohnungsbau gehe, sondern vor allem um bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten dazwischen. Esser: „Wir müssen in der Diskussion einfach ein bisschen ehrlicher sein.“ Bezahlbares Wohnen habe eine hohe Bedeutung und werde diese auch künftig haben. Auch sie wies den Kommunen in der Frage der Grundstückspreise hohe Verantwortung zu. „Wir haben aber auch eine gebaute Infrastruktur in den ländlichen Räumen“, fügte Esser hinzu. Sie schlug vor, diese zu reaktivieren und attraktiver zu gestalten, um so etwas Druck aus den Schwarmstädten zu nehmen.

Was kann der Bund gegen Wohnraumnot tun?

Auf die Frage von Moderatorin Angela Elis nach mehr politischer Steuerung in diesen Fragen wiegelte Lothar Fehn Krestas, der politische Beamte im Innenministerium ab. „Wir sind kein Bauverkündigungsministerium, die Verantwortung des Bauministeriums richtet sich auf den Klimaschutz.“ Dabei könne der Holzbau vieles leisten. Das Ministerium werde aber nicht bestimmte Teile der Baubranche allein auf den Schild heben. Fehn Krestas weiter: „Ich



» Es geht nicht, bestimmte Teile der Baubranche allein auf den Schild zu stellen. «

Lothar Fehn Krestas

bin sicher, dass der Holzbau die Nase vorn hat, aber es gibt auch noch andere.“ Politisches Ziel des Ministeriums sei der klimagerechte Bau, dazu werde es aber kein Programm mit dem Titel „ihr müsst jetzt alle in Holz bauen“ geben, sondern eines, das sich mit Grauer Energie auseinandersetzt. „Und da wird Holz sehr stark sein“, so Fehn Krestas.

Aus dem Publikum meldete sich Dr. Jens Jacob, Chef der Landesforsten von Rheinland-Pfalz, mit der Frage an Fehn Krestas, ob denn das Bundesbauministerium sich nicht etwas aktiver in den Charta-Prozess einbringen könnte, der bisher maßgeblich vom Landwirtschaftsministerium vorangetragen werde. Der Forstwirtschaft gehe es darum, das Verständnis für nachhaltige Forstwirtschaft auch in die urbanen Zentren hineinzutragen, dazu bedürfe es aber offensiver Kommunikation in dieser Richtung. Denn der Zeitgeist in den Städten sehe es nicht gerne, wenn im Wald Motorsägen liefen, führte Jacob aus. Gleichzeitig sollte auch ein Bundesumweltministerium seit an Seit mit den Holzproduzenten marschieren, wünschte sich der oberste Landesforstvertreter aus Mainz. Im Umweltministerium sei manchmal eine Einstellung festzustellen, dass es besser sei, Wälder nicht zu nutzen, als sie zu nutzen.

Fehn Krestas antwortete: „Klimagerechtes, nachhaltiges Bauen sind für uns große Themen. Es wird für uns aber schwierig zu behaupten, das könne nur Holz.“ Schließlich gebe es auch von anderen Baustoffen Beiträge dazu. Und schließlich gehe ja sogar der Ingenieurholzbau offensiv mit der Aussage um, dass Baustoffe dort verwendet werden sollten, wo sie hingehörten. „Nichts anderes vertreten wir auch“, stellte der Vertreter des Bauministeriums klar.

Das Ministerium wolle aber mehr Intelligenz in der Wertschöpfung und Planung erreichen und auch gerne an den Hemmnissen der Wahrnehmung von Holz arbeiten. Deswegen nehme er ja auch, und das sehr gerne, an dieser Tagung teil. Was er aber nicht könne: Ex cathedra vom Ministerium aus verkünden, das Recyclingbeton Blödsinn und Aluminium nicht nachhaltig seien.

Cajus Caesar ergänzte beflissentlich, dass die Wortmeldung aus Mainz nicht bedeute, dass man künftig alles in Holz bauen solle. Es gehe darum, dass einfach ein wenig mehr Rückenwind erwartet werde. Caesar: „Und ich habe Sie [Fehn Krestas] so verstanden, dass dieser Rückenwind kommen soll.“

Dr. Harald Bajorat, der Vertreter des Bundesumweltministeriums auf dem Podium, räumte ein, dass das BMU den Charta-Prozess vielleicht nicht so intensiv wie erwartet unterstützt habe. Aber dass auch er anwesend sei, dürfe als ein Zeichen gelten. Seinem Ministerium sei wichtig, dass das richtige Holz angebaut werde und dass stärkeres Laubholz dann auch in die Nutzung gelange, wenn die Wälder erst einmal umgebaut seien. Dass das BMU Naturschutzaspekte in den Vordergrund stelle, liege in der Natur der Dinge.

Die Gunst der Stunde nutzend fragte die Sekundärrohstoff-Nutzungsexpertin Annette Hillebrandt dazwischen, ob



In der Podiumsdiskussion fragte (Fernseh-)Moderatorin Angela Elis nach den wichtigsten Gestaltungsaufgaben aus Sicht der Wohnungswirtschaft. Die Teilnehmer waren (von links): Ingeborg Esser (GdW), Annette Hillebrandt (BDA), Prof. Dr. Stefan Winter (TUM), Moderatorin Angela Elis, Lothar Fehn Krestas (BMI), Dr. Harad Bajorat (BMU), Cajus Caesar (Waldbeauftragter des BMEL)

das Ministerium denn nicht auch überdenken könnte, dass jedem Antrag auf Baugenehmigung ein Konzept für eine Rückbauplanung der Baumaßnahme beigelegt werden müsse. „Das ist zwar etwas radikal, aber wenn man die Kosten vom Lebensende eines Gebäudes her denkt, darf man künftig keine falschen Baustoffe mehr verwenden.“ Sie forderte das vor allem vor dem Hintergrund, dass nicht wieder ähnliche Probleme entstehen wie mit Asbest oder HBCD (Hexabromcyclododecan – lange Zeit wichtiges Flammschutzmittel für Polystyrol-Dämmstoffe) in Dämmstoffen.

Einfach mal die Normung zurückschrauben!

Während Hillebrandt mit einem „Produkt-Beipackzettel“ mehr Aufwand fordert, um zu wissen, was jeweils drin ist, regte ein Tragwerksplaner aus dem Publikum an, das Bauen zu entschlacken. Am Beispiel von Gebäuden aus der Gründerzeit erläuterte Dr. Christian Müller, dass man aufgrund aktueller Brand- und Schallschutznormung heute nicht mehr in der Lage sei, gründerzeitlich zu bauen. Vor 100 Jahren sei man weiter gewesen: Holzbalkendecken anstatt heute immer dickerer Stahlbetondecken, insgesamt sogar mehr Holzeinsatz als heute.

Die Gründerzeithäuser seien immer noch sehr gut zu vermieten, so ungefähr das Begehrteste, was wir in den Städten haben. „Wir haben damals eigentlich alles richtig gemacht“, meinte der Planer und wünschte sich, einfach mal die Normung zurückzuschrauben, um dann preiswerter, einfacher und sinnvoll zu nachhaltigem Bauen zurückzukommen.

Als weiteren Aspekt fügte er hinzu, dass es ihm völlig unverständlich sei, dass so ein intelligenter Baustoff wie Holz in der DGNB-Gebäudezertifizierung keinen Bonus erhalte, nicht einmal gleich wie Stahlbeton bewertet werde.

Wird noch untersucht: Graue Energie als Förderkriterium

Zwei weitere Fragesteller aus dem Publikum erkundigten sich nach dem Faktor „Graue Energie“ im neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG 2019, als Nachfolger von EneV, EnEG und EEWärmeG) oder wenigstens einer KfW-Förderung für geringen Energieeinsatz in der Herstellungsphase.

BMI-Abteilungsleiter Fehn Krestas bestätigte, dass die Graue Energie keinen Eingang in das neue GEG gefunden habe. Offenbar ist man im Ministerium aber dabei, diesen Faktor gründlich zu untersuchen. Er verwies auf die Problematik, dass dann z. B. auch für eine Garage oder ein Hochhaus ein Nachweis für Graue-Energie-gerechtes Bauen zu führen wäre: weder eine Vereinfachung von Vorschriften noch ein Abbau von Normen, sondern, so Fehn Krestas, „das blanke Gegenteil“. Man solle hier gut überlegen, was man tue.

Bezüglich des Stichwortes KfW-Förderung signalisierte der Beamte, dass das Bauministerium mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Gespräch sei.

Man sei aber noch dabei, die Kriterien dafür zu entwickeln, sonst komme womöglich ein jeder daher, der den Begriff fehlerfrei aussprechen könne, meinte der Beamte in einem Anflug von Sarkasmus.

Fehn Krestas äußerte sich dann auch noch ganz generell zu Normung und den Kostenfolgen. Viele würden es wohl bejahen, dass Normung höhere Kosten nach sich ziehe, ganz so einfach sei es aber nicht. Denn es gebe auch Normen, die zur Klärung beitragen und Auseinandersetzungen am Bau verringerten. Eine latente Tendenz zu steigenden Kosten sei jedoch festzustellen, daher habe das Bauministerium mit den Ländern eine Arbeitsgruppe gebildet, um zu prüfen, ob Normung künftig mit einer Kosten-Nutzen-Analyse zu begleiten ist.

„Schlachthofsyndrom“ auch beim Schallschutz

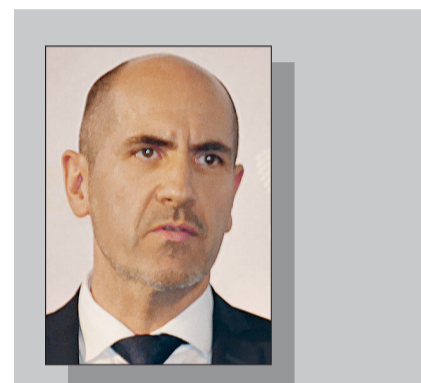
Bezugnehmend auf die lobenden Ausführungen zu Gebäuden aus der Gründerzeit merkte Fehn Krestas, es sei schon etwas merkwürdig, dass die Menschen gerne in diesen Gebäuden wohnen wollten, gleichzeitig aber auch modernen Schallschutz erwarteten. Glücklicherweise habe der Bundesgerichtshof gerade bestätigt, dass ein Altbau, wenn er als solcher vermietet wurde, auch ein Altbau sein darf. „Sonst wären unsere Gründerzeitbauten dahingegangen.“

An dieser Stelle hakte GdW-Hauptgeschäftsführer Esser in Sachen Brandschutzanforderungen ein, die den Holzbau in einzelnen Ländern immer noch stark benachteiligten. Fehn Krestas bestätigte aber, dass man mit den Ländern dran sei, das Bauordnungsrecht holzbaueeignet zu machen. Dieser Prozess sei allerdings noch nicht abgeschlossen. Und Stefan Winter ergänzte den Punkt geflissentlich mit dem Hinweis, dass die Holzwirtschaft beim Brandschutz keine Bevorzugung des Holzbaus wünsche, sondern eine Gleichstellung. Winter: „Mehr wollen wir nicht.“

Serienbauten mit Angstzuschlägen

Auf die Podiumsdiskussion folgten vier Vorträge. Welche Praxiserfahrungen ein Unternehmen des Lebensmittel Einzelhandels mit Holzbau gemacht hat, war Gegenstand des ersten Beitrags. Harald Fischer, Bereichsleiter Immobilien und Bauen bei Rewe berichtete, dass im Unternehmen vor gut zehn Jahren auf Initiative des damaligen Rewe-Vorstandsvorsitzenden Alain Capparos hin für die Gruppe (Rewe, Penny, Nahkauf, Toom u. a.) eine Nachhaltigkeitsstrategie ins Leben gerufen wurde. Sie sollte sich nicht nur auf das Produktsortiment, sondern auch auf die Bauten der Einzelhandelsstandorte niederschlagen, Nachhaltigkeit erlebbar machen und so den Absatz nachhaltiger Produkte unterstützen.

Bis dato waren die Rewe-Märkte überwiegend fensterlose Gebäude mit hohem Energiebedarf durch die zahlreichen Kühlgeräte. Im November 2009 eröffnete Rewe in Berlin-Rudow seinen ersten Supermarkt mit DGNB-Zertifi-



» Holz ist ein sehr guter Kommunikator für Nachhaltigkeit. «

Harald Fischer, Rewe

kat (in Gold), ein Leuchtturmprojekt mit einem gegenüber einem Standardbau um fast 50 % verringerten Energieverbrauch.

Auf dem Weg dorthin seien aber viele Hürden zu überwinden gewesen, berichtete Fischer. Beim ersten Projekt sei etwa das Dach doppelt so teuer wie bei einem bisherigen Standardbau gewesen. In der neuen Holzbaueinrichtung wurden in den Jahren danach 126 weitere Standorte in Holzbaueinrichtung und mit viel Tageslicht gebaut. Diese Bauweise sei trotz relativ hohem Standardisierungsgrad deutlich teurer, berichtete Fischer, und es sei immer noch ein Thema, dass bei der Kalkulation von Neubauten „Angstzuschläge“ gemacht würden. Die Einkaufsatmosphäre habe jedoch Kunden wie Mitarbeiter positiv gestimmt; weitere 160 Märkte in Holz- und Glasbaueinrichtung seien in der Planung bzw. auch im Bau.

Nachdem der Konzern nun einige derartige Märkte in Betrieb habe, sei konzernintern eine neue Diskussion um die Instandhaltung der Holzflächen in Gang gekommen. Hierbei gehe es um die interne und die kundenseitige Akzeptanz des Holzbaus und das Ob und Wie von Renovierungsmaßnahmen.

8-Euro-Ausschreibung in Hamburg – klappt das?

Dr. Björn Dieterich, Abteilungsleiter der Hamburger Behörde für Umwelt und Energie, berichtete über die „ökologischen Leitplanken“, die der Hamburger Senat mit seinem Klimaplan beim Wohnungsneubau eingezogen hat. Die Stadt verstehe sich in erster Linie als Treiber einer Energiewende in Richtung erneuerbare Energien im Stadtgebiet; Holzbau sei für die Hansestadt nur ein Baustein auf dem Weg zu nachhaltigem Bauen.

Stadtentwicklung laufe dort in unterschiedlichen Geschwindigkeiten ab: im Bestand eher konservativ, im Neubau integrativ, wobei sich der Stadtstaat mit der Nutzung von Freiräumen (er hat nur noch wenig freie Fläche zur Verfügung) schwer tut. Gleiches gilt für den Holzbau, er hat sich im Wohnungsbau seit 2013 von 1,6 % Holzbaquote auf 3,2 %

Fortsetzung auf Seite 81

Die Branche wünscht sich mehr Rückenwind

Fortsetzung von Seite 80

(+90 000 m²) hochgearbeitet, im Nichtwohnbau von 1,2 % auf 5,1 % (+25 000 m²). Änderungen an der Hamburger Bauordnung waren dafür wichtig.

Im Rahmen der Bauleitplanung gebe es nur wenige Möglichkeiten, um den Holzbau prominenter zu stellen, erläuterte Dietrich. Die Verwaltung wähle daher den Weg über städtebauliche Verträge, in die bei der Grundstücksvergabe Aussagen zu gewünschten Baustoffen und zur Nachhaltigkeitszertifizierung eingebaut werden können.

Dietrich wies auf eine aktuelle Ausschreibung der Stadt in drei Quartieren (Neugraben, Bramfeld, Altona-Lurup) hin, um bezahlbaren Wohnraum im KiW-55-Standard und ohne Förderung zu schaffen. Ziel ist hier eine Nettokaltmiete von 8 Euro/m². Bei den vier- bis fünfgeschossigen Gebäuden mit Betonsockelgeschoss wird auf Keller und Tiefgaragen verzichtet, ebenso auf Fahrstühle – nicht aber auf die Fahrstuhlschächte. Gebaut wird mit Holzfertigelementen mit Oberflächen in Sichtqualität. Wie lange die Vermieter die günstigen Mieten zusichern können, dazu äußerte sich Dietrich nicht.

Sichtholz unterstützt das Unternehmens-Image

Über die Reputationswirkungen von Architektur und hier speziell von Holzbauweisen auf Unternehmen und ihren wirtschaftlichen Erfolg, darüber berichtete Prof. Katarina Hofer vom Marketing-Institut der Universität Linz (Österreich). Prominentes Beispiel ist der „Vierzylinder“ der BMW-Zentrale in München.

Die erste Reputationsmessung im Architekturbereich, die die Kepler-Universität 2017 im Auftrag von Pro Holz Oberösterreich durchgeführt hat, habe gezeigt, dass Unternehmen mit Gebäuden in Holzbauweise im Vergleich zu

anderen deutlich positiver wahrgenommen werden. Die Empfehlungsrate sei höher, ebenso die Bereitschaft, mit ihnen eine Kundenbeziehung einzugehen.

„Urban Mining“: Probleme mit der Sortenreinheit

Viel Aufmerksamkeit des Publikums war beim Vortrag der Architektin und Klimaschützerin Annette Hillebrandt über „Urban Mining“ spürbar, was nicht nur am ungewohnten Thema, sondern auch an Hillebrandts mutigem, aber auch kritischem Vortragstil lag. Im Bauwesen würden offiziell zwar bereits 90 % der Reststoffe wiederverwertet (recycelt), die meisten davon landeten jedoch in Downcycling-Prozessen, also in einer minderwertigen Verwertungsform.

Beim Urban Mining sei Downcycling eigentlich ausgeschlossen, man strebe geschlossene Kreisläufe an, und zwar in Form von Wiederverwendung unter Erhalt der Produktgestalt (ein Balken bleibt ein Balken) oder Wiederverwertung unter Auflösung der Produktgestalt. Die direkte Wiederverwertung von Baustoffen gestalte sich in der Praxis aber schwierig, was z. B. an Haftungsfragen liege: Wer übernimmt die Haftung für ein erneut eingebautes Altfenster?

WPC: keine Innovation, sondern absoluter Rückschritt

Größere Chancen bestünden in der Wiederverwertung unter Auflösung der Produktgestalt. Früher sei Bauabfall kein Problem gewesen, weil mit natürlichen Stoffen gebaut wurde, die vor Ort verrotteten. Heutzutage habe man laut Hillebrandt aufgrund von Verklebungen, Kontaminationen und Sandwich-Konstruktionen bei der sortenreinen

Gewinnung von Rohstoffen ein „Riesenproblem“.

Sie zeigte als Beispiel den Kompositwerkstoff WPC (Terrassendielen): „Sieht aus wie Holz, ist es aber nicht. Hält nicht länger als Holz, sieht nicht besser aus, und am Ende brennt es auch nur noch gut.“ Dieses Produkt sei keine Innovation, sondern ein absoluter Rückschritt, stellte Hillebrandt ziemlich trocken fest. Wenn man urban-mininggerecht plane, dann gelte „Müll ist ein Design-Fehler“.

Als kreislaufgeeignete Rohstoffe bezeichnete sie Holz und Stahl. Altstahl lande bereits zu 99 % im Recycling, Stahlprodukte bestünden derzeit zu 35 % aus Recycling-Stahl, 100 % seien möglich. Holz sei sowohl gut wiederzuverwenden als auch gut wiederzuwerten; es sei durch konstruktiven Holzschutz langlebig. Bei einem Verzicht auf Beschichtung sei eine sortenreine Rückgewinnung möglich. Die kaschadische Holznutzung biete einen Mehrwert, auf sie sollte stärker als bisher gesetzt werden.

Die stoffliche Nutzung von Recyclingholz sollte aus ihrer Sicht durch Gesetzgebung gefördert werden, in die Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden der Rückbau eingeplant und die Entsorgung der Materialien schon in den Neubau eingepreist werden. Hillebrandt: „Ich möchte, dass am Ende jeder sein Haus wieder mitnimmt.“

Allerdings müsse der Weiternutzung von Bestandsgebäuden (engl. „reuse“) mehr Beachtung geschenkt werden, z. B. mit Haus-in-Haus-Konzepten für nicht mehr genutzte Gewerbeimmobilien. Im Holzbereich eigneten sich Skelettbauten am ehesten für eine Umnutzung, wenn von Beginn an genügend Lastreserven eingeplant würden.

Reicht der Rohstoff? Ja, wenn auch Starkholz genutzt wird

Bereits am Vormittag hatte Moderatorin Elis in der Podiumsdiskussionsrunde gefragt, ob denn die Holzressour-

cen reichen, wenn sich die Nachfrage nach Holzbau weiter so gut entwickle. Der Waldbeauftragte der Bundesregierung, Cajus Caesar, hatte dies kurz und bündig und ohne nähere Erläuterung bejaht, fügte aber den Hinweis hinzu, dass die Verzahnung zwischen Waldbesitz und Holzverarbeitung verbesserungsfähig sei.

Nähere Informationen zur Verfügbarkeit von Holz in Deutschland erhielten die Tagungsteilnehmer dann von Prof. Dr. Matthias Dieter, dem Institutsleiter des Thünen-Instituts für Waldwirtschaft in Hamburg (Lohbrügge). Dieter stieg ein mit der Feststellung, dass sich 80 bis 90 % der stofflichen Holzverwendung auf Nadelholz stützt. Er zog die Abschöpfung des Holzzuwachses als (ungenauen) Indikator für die Rohstoff-Verfügbarkeit heran, um in der Kürze der Zeit eine Zusammenfassung der Situation präsentieren zu können.

Die Frage der Rohstoffverfügbarkeit sei jedenfalls nicht pauschal, sondern nur differenziert zu beantworten. Dieter: „Ja, Holz ist verfügbar, aber eher in den starken Dimensionen.“ In der Vorausschau auf die Zeit bis 2048 und 2052 bestehe Nutzungspotenzial vor allem in den starken Nadelholzdimensionen mit 40 bis 60 cm Durchmesser (BHD). Die BWI3 von 2012 habe gezeigt, dass es große Unterschiede bei der Zuwachs-Abschöpfung gibt. Seit 2002 (BWI2) seien die Nadelholzvorräte bis 40 cm BHD gesunken, im Durchmesserbereich von 30 bis 40 cm stabil geblieben, darüber hätten sie aber stark zugenommen. Bei Nadelholz werde der Zuwachs nahezu völlig (98 %) abgeschöpft, bei Laubholz der Zuwachs hingegen nur zu 67 %.

Viel hänge von der Entwicklung der Nachfrage ab, also davon, ob es sich für die Waldbesitzer lohne, die starken Bestände abzuräumen. Den Import von Rohholz bezeichnete Dieter als nachrangige Versorgungsoption, auch wenn sich die deutsche Holzindustrie derzeit mit etwa 5,5 Mio. m³ jährlich zusätzlich in den (direkten) Nachbarländern ver-

sorge, hauptsächlich mit schwächerem Rohholz.

Zur eingangs bereits von Ministerin Klöckner erwähnten aktuellen Kalamität im Wald meinte Dieter, dass sie kurzfristig die Rohholz-Verfügbarkeit steigern, sich dann aber am langen Ende das Nutzungspotenzial verringere.

Abschließend wies Dieter noch auf mehr stoffliche Nutzungsmöglichkeiten bei Laubholz hin, weil derzeit 70 % des Aufkommens in die energetische Nutzung gehen.

Dr. Winter fragte besorgt nach, ob denn, abgesehen von mehr Laubholzverwendung, eine Chance bestehe, Teile des bereits zu 98 % genutzten Nadelrohholzaufkommens von anderen Bereichen in den Holzbau umzuleiten. Diese Frage beantwortete Dieter mit dem Hinweis auf die Vorräte und Zuwächse in den stärkeren Durchmesserklassen. Dieter: „Die möchte die Forstwirtschaft loswerden, die kosten Bodenrente, sind sturmgefährdet und die benötigt auch die Industrie.“ Die Gründe für den Überhang bei Nadelstarkholz wurden aber nicht näher erörtert.

Lars Schmidt, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutsche Säge- und Holzindustrie, bat darum, keine direkte Verbindung zwischen Holzverfügbarkeit im Wald und Holzverwendung im Bausektor herzustellen. Deutschland sei nach wie vor Netto-Exporteur bei Schnittholz. Schmidt erklärte, dass sich bei besserer Nachfrage im Heimatmarkt Warenströme ändern würden und die Sägeindustrie im Inland deutlich mehr liefern könnte, was im Übrigen auch im Hinblick auf den transportbedingten CO₂-Rucksack der Branche positiv sei.

Klaus Richter, Professor an der TU München, bestätigte, dass im wissenschaftlichen Beirat die Ressourcenverfügbarkeit bei verstärktem Holzbau untersucht worden sei und bei allen Annahmen für die Zukunft bis 2050 genügend Nadelholz zur Verfügung stehe, gleichzeitig aber die Laubhölzer stärker in die Verwendung kommen müssten.